

Stoppt die Einbürgerungen!



✘ Ohne die massenhafte Einbürgerung von Ausländern gäbe es weder Umvolkung noch Islamisierung noch Landnahme. Angefangen hat dieser ganze Spuk mit dem rotgrünen Staatsbürgerschaftsgesetz von 1998: Hätte Schröder damals nicht Millionen von Gastarbeitern und Asylanten einfach so zu „Deutschen“ erklärt, hätten wir heute weder Moscheen noch eine Debatte über die Scharia bei uns. Es gäbe zwar immer noch jede Menge Türken und Araber im Land, aber politisch wären diese Leute keine Bedrohung. Um Umvolkung und Landnahme wirksam aufzuhalten, reicht es deshalb nicht aus, nur die doppelte Staatsbürgerschaft mit ihrer Doppelloyalität abzuschaffen. Deutschland wird nur Deutschland bleiben, wenn das rotgrüne Staatsbürgerschaftsgesetz von 1998 endlich wieder gekippt wird!

(Von Achim)

Auf dem CDU-Parteitag sorgte die Entscheidung der Parteimitglieder für Aufsehen, das Privileg der automatischen Doppelstaatsbürgerschaft und damit die Doppelloyalität hier lebender Ausländer wieder abzuschaffen – eines von Merkels vielen politischen Kuckuckseiern, das sie den Deutschen 2014 ins Nest gelegt hat. Natürlich zeigte Merkel den Delegierten die lange Nase. Was die Basis der CDU beschließt, war Merkel schon immer völlig schnuppe.

Merkel hätte ihr Gesetz von 2014 allerdings nicht durchdrücken können, wenn Kanzler Schröder ihr nicht schon 1998 mit seinem rotgrünen Staatsbürgerschaftsgesetz den Weg dafür geebnet

hätte. Das rotgrüne Staatsbürgerschaftsgesetz von 1998 erleichterte die Einbürgerung hier wohnender Gastarbeiter – auch arbeitsloser Gastarbeiter – und Asylanten ganz erheblich. Seit 1998 ist demnach Deutscher nicht nur, wer deutsch ist, sondern man kann sein Deutschsein nun einfach auf einem Blatt Papier beantragen und es sich durch bloßes Dasein in Deutschland ersitzen. Darüber hinaus erklärte Schröders rotgrünes Gesetz alle hier geborenen Kinder von Gastarbeitern automatisch zu Deutschen, damals noch mit dem Feigenblatt des „Optionsmodells“: ab dem 18. Lebensjahr mussten sich diese zu Deutschen erklären. Gastarbeiterkinder entweder für die deutsche oder ihre andere Staatsangehörigkeit entscheiden.

Wie so viele vergleichbare Maßnahmen aus der Trickkiste der Umvolker hat man sowohl 1998 als auch 2014 den gutgläubigen Deutschen aufgetischt, beide Gesetze dienten der „Integration“. Ob gelogen oder nicht – man muss in jedem Fall schon sehr dumm sein, um dem Glauben aufzusitzen, „Integration“ in die deutsche Gesellschaft habe irgendetwas mit einem amtlichen Papier zu tun und nichts mit innerer Bereitschaft und eigener Überzeugung. Fehlt es an dieser inneren Bereitschaft und Überzeugung, kann sie durch ein Papier natürlich nicht ersetzt werden. Wie zu erwarten war, hat sich daher die „Integration“ – was immer das sein soll – der eingebürgerten Gastarbeiter und Asylanten seit 1998 auch keineswegs verbessert, sondern im Gegenteil: Segregation, Abgrenzung und Parallelgesellschaften haben seit 1998 erkennbar zugenommen.

Dieser Zusammenhang zwischen Einbürgerung und zunehmender Segregation ist unschwer zu erklären. Vor 1998 hatten die türkischen Gastarbeiter immer noch zu fürchten, dass man sie außer Landes weisen würde, wenn sie sich allzusehr daneben benehmen oder anfangen, nationalistische oder islamistische Forderungen zu stellen. Dieses Druckmittel, um trotz Millionen türkischer und arabischer Ausländer im Land den allgemeinen gesellschaftlichen Frieden einigermaßen aufrecht zu halten,

haben die Deutschen seit 1998 verloren. Eingebürgerten Türken kann man nun nichts mehr anhaben, sie können machen, was sie wollen – und das tun sie bekanntlich auch. Die unseligen Einbürgerungen haben also nicht nur die „Integration“ nicht gefördert, sie haben im Gegenteil die Segregation sogar noch erheblich verstärkt.

Es ist deshalb auch kein Wunder, dass nach 1998 die große Islamisierungswelle so richtig in Gang kam. Moscheen sprossen wie Pilze aus dem Boden, der Einfluss der türkischen Regierung in Ankara auf die deutsche Innenpolitik nahm dank Fünfter Kolonne spürbar zu. Die türkischen Gastarbeiter waren nun ja formell plötzlich „Deutsche“ und hatten deshalb auch Anspruch auf dieselben Rechte wie die Deutschen – einschließlich dem Recht auf ungehemmte Ausübung ihrer „Religion“. Dieses Recht haben die Gerichte der Bunten Republik natürlich immer sehr großzügig ausgelegt: alles ist erlaubt. In der Folge verschwand der Schweinebraten aus der Uni-Mensa, Moscheen begannen überall herumzuheulen, Frauen trauten sich nicht mehr auf die Straße. Auch der türkische Nationalismus treibt seither seine Blüten: Deutsche Kinder müssen sich auf der Schule als „Kartoffeln“ beschimpfen lassen, und selbstverständlich darf ein eingebürgerter türkischer Gastarbeiter ohne jegliche Sorge vor irgendwelchen rechtlichen Konsequenzen den eingeborenen Deutschen drohen: „Wir werden euch vergasen!“.

Die massenhafte und komplett wahllose Einbürgerung ausländischer Staatsangehöriger führt aber nicht nur zu steigenden innenpolitischen Spannungen zwischen den eingebürgerten Ausländern und sogenannten „Biodeutschen“, wie wir uns von unseren Politiker nunmehr bezeichnen lassen müssen – denn natürlich wird durch den Staat weiterhin differenziert und segregiert. Die eigentliche Gefahr für die Deutschen ergibt sich nicht aus der gesellschaftlichen und kulturellen, sondern aus der politischen Einflussnahme. Ohne Frage werden die eingebürgerten Ausländer, da dank deutschem Pass nun

politikberechtigt, bei uns ihre eigenen Parteien gründen – zahlreiche erste Ansätze gab es schon, einer wird erfolgreich sein. Diese national-türkischen oder islamfaschistischen Parteien werden vermutlich relativ schnell die 5%-Hürde nehmen – und von CDU bis SED wird sich jeder darum reißen, mit ihnen zu koalieren. Das heißt: Diese Parteien werden schnell zum Zünglein an der Waage und trotz des immer noch mäßigen Bevölkerungsanteils von Türken und Arabern Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen. Es wird politisch also nicht nur beim türkischen Integrationsminister von Erdogans Gnaden auf dem Wahlticket der SPD bleiben. Aus diesem Integrationsminister wird schnell ein islamfaschistischer Justizminister mit Sympathien für die Scharia werden oder ein rechtsradikal-türkischer Kultusminister mit besten Beziehungen zu den Grauen Wölfen, der deutsche Schulbücher umschreiben lässt. Solche Leute werden dann ganz neue Saiten aufziehen in der deutschen Innenpolitik und auch keine Hemmungen haben, ihre Politik pauschal gegen diejenige Bevölkerungsgruppe zu richten, die ihre Macht am heftigsten kritisieren dürfte: die eingeborenen Deutschen.

Einbürgerungen führen also ganz und gar nicht zu „Integration“, was immer das genau sein soll. Im Gegenteil hat sich die Segregation der türkischen Gastarbeiter seit Beginn der Einbürgerungen sogar noch verstärkt. Besonders bedrohlich aber sind die politischen Folgen des absehbar steigenden Machteinflusses durch eingebürgerte ausländische Staatsangehörige, die tatsächlich keinerlei Loyalität gegenüber den Deutschen empfinden und diese Deutschen aufgrund der fortbestehenden ethnisch-kulturellen Differenz vielmehr als Feindbilder wahrnehmen – die es zu bekämpfen gilt. Wer daher Umvolkung, Landnahme und einen immer näher rückenden ethnischen Krieg in Deutschland wirklich ernsthaft verhindern will, muss das Übel an der Wurzel packen: Stoppt die Einbürgerungen!